



**Inhalt Mai 2014**

**Seite 1**

**ANTIRASSISMUSARBEIT VERSTÄRKEN**

Beschluss des 20. Ordentlichen DGB-Bundeskongresses

**Seite 2**

**ANTIRASSISMUSARBEIT VERSTÄRKEN**

Fortsetzung

**„DIE IDEE EINES DEMOKRATISCHEN & SOZIALEN EUROPAS VERTEIDIGEN“**

Auf den Kundgebungen zum 1. Mai wurde eindringlich zur Teilnahme an den Europawahlen aufgerufen

**Seite 3**

**„RECHTS DER CDU/CSU UND DER FDP STEHEND“**

Expertise untersucht die Positionen der AfD

**RECHTE GEWERBEMIETER VERHINDERN**

Berliner Senat und zwei Wohnungsbau-Gesellschaften wurden aktiv

**BERLIN NAZIFREI**

NPD-Marsch in Richtung Kreuzberg nach 200 Metern beendet

**Seite 4**

**DVDS DES MONATS**

Reform des Betriebsverfassungsgesetzes 1972

Ausländerarbeit der IG BCE

**NEUE FÖRDERMITGLIEDER**

**ANTIRASSISMUSARBEIT VERSTÄRKEN**

Beschluss des 20. Ordentlichen DGB-Bundeskongresses



Der neu gewählte DGB-Vorsitzende, Reiner Hoffmann, mit dem Vorsitzenden des Kumpelvereins, Giovanni Pollice, und der Geschäftsführerin Dr. Claudia Tietze.

In einem Beschluss des 20. Ordentlichen DGB-Bundeskongresses werden Bundestag und Bundesregierung aufgefordert, „umgehend eine gesetzliche Grundlage zur Förderung und Unterstützung der Antirassismussarbeit zu schaffen und schnellstmöglich gemeinsam mit der Zivilgesellschaft ein Bundesprogramm gegen Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus, Antiziganismus, Homophobie und andere Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit zu entwickeln“. Am DGB-Bundeskongress vom 11. bis zum 16. Mai 2014 in Berlin nahmen rund 400 Delegierte aus den acht Mitgliedsgewerkschaften des DGB teil. Der Bundeskongress ist das oberste Beschlussorgan des DGB, Ordentliche Bundeskongresse finden alle vier Jahre statt. Der Kongress in diesem Jahr stand unter dem Motto

„Arbeit. Gerechtigkeit. Solidarität. 20. Parlament der Arbeit“. Den Beschluss „Rechtsextremismus bekämpfen, Rassismus überwinden, Antirassismussarbeit verstärken“ hatte der DGB-Bundesvorstand eingebracht. Er knüpft damit an eine Empfehlung des NSU-Untersuchungsausschusses an. Im Koalitionsvertrag wurde festgelegt, dass bestehende Programme langfristig finanziell sichergestellt und auf gesetzlicher Grundlage weiterentwickelt werden. Dies – so der Antrag – müsse nun geschehen: „Ziel des Programms muss auch sein, Menschen in die Lage zu versetzen, sich in Schule, Ausbildung, Beruf oder in der Freizeit gegen rassistische Äußerungen zur Wehr zu setzen.“ Mit dem Programm sollen u. a. zivilgesellschaftliche Initiativen besser vernetzt, die politische Bildungsarbeit verstärkt und die Beratung und Unterstützung

beim Umgang mit rassistischen oder rechtsextremen Tendenzen ausgebaut werden. Zur Begründung verwies der DGB-Bundesvorstand auf rassistische und rechtsextreme Einstellungen und Weltbilder, die in allen Bevölkerungsgruppen anzutreffen sind. „Dies zeigt sich weniger anhand von Wahlentscheidungen, sondern vielmehr im Verhalten gegenüber bestimmten Bevölkerungsgruppen, z. B. Migrantinnen und Migranten oder schwarzen Deutschen, und in Untersuchungen und Befragungen zu den politischen Überzeugungen und Auffassungen.“ Hier verweist er etwa auf die Untersuchung „Die Mitte im Umbruch“ der Friedrich-Ebert-Stiftung. Der zufolge unterstützt rund ein Viertel der Bevölkerung ausländerfeindliche Vorstellungen, ca. 36 Prozent unterstützen islamfeindliche Aussagen und immerhin noch knapp

Fortsetzung auf Seite 2



# ANTIRASSISMUSARBEIT VERSTÄRKEN

## Beschluss des 20. Ordentlichen DGB-Bundeskongresses

zehn Prozent der Bevölkerung sind antisemitisch eingestellt. Und im Antrag wird noch auf einen anderen Zusammenhang verwiesen: „Dass rassistische und menschenfeindliche Einstellungen ihren Ausdruck auch bei Wahlen finden können, zeigt die von den Jugendverbänden organisierte Vorwahl zum Deutschen Bundestag. Dabei erhielt die NPD bundesweit einen Stimmenanteil von 5,7 Prozent, in Brandenburg gar 33,7 Prozent.“ Ein funktionierendes Bundesprogramm ist also nötig. Der Beschluss formuliert aber nicht nur Erwartungen an die Politik. Er verweist auch auf gewerkschaftliche Aktivitäten und plädiert für deren Stärkung: „Der DGB

und die Gewerkschaften engagieren sich in den Schulen, Betrieben, Unternehmen, öffentlichen Einrichtungen und Stellen, in lokalen und regionalen Bündnissen und Netzwerken, organisieren bzw. beteiligen sich an Kampagnen, wie ‚Respekt!‘ oder den Wochen gegen Rassismus, und fördern die gemeinsame Arbeit im Verein ‚Mach‘ meinen Kumpel nicht an!‘. Zur Verbesserung der Wirksamkeit der Initiativen und Aktionen sollte der Informations- und Erfahrungsaustausch zwischen den gewerkschaftlichen Initiativen weiter verstärkt werden.“ In einem anderen einstimmig gefassten Beschluss des Bundeskongresses – „Aktionen des zivilen Ungehorsams“

– wird deutlich, dass das Engagement auch aktive Gegenwehr einschließt, wenn Rechte versuchen, den öffentlichen Raum zu besetzen. Wörtlich heißt es da: „Der DGB beteiligt sich aktiv an Gegenprotesten zu Rassitinnen bzw. Neonazisaufmärschen, -kundgebungen und Ähnlichem. Über Aktionen des Zivilen Ungehorsams wie etwa den Einsatz von Blockaden als legitime Aktions- und Kampfform des DGB soll anlassbezogen im DGB diskutiert und entschieden werden.“ Eine intensive Debatte ging dem Beschluss, der letztlich von der Antragsberatungskommission vorgeschlagen wurde, voraus.

\*

Der 20. Ordentliche DGB-Bundeskongress hat Reiner Hoffmann zum Vorsitzenden und Elke Hannack zur stellv. Vorsitzenden gewählt. Als weitere Mitglieder des DGB-Bundesvorstands wurden Annelie Bunttenbach und Stefan Körzell gewählt. In seiner Grundsatzrede appellierte Reiner Hoffmann an die Delegierten: „In einer globalisierten Welt können und dürfen wir Europa nicht zur Festung einmauern. Ein weltoffenes und solidarisches Europa ist unsere Perspektive. Dafür wollen wir kämpfen.“ Der Kumpelverein wünscht dem neu gewählten DGB-Vorstand viel Erfolg!

## „DIE IDEE EINES DEMOKRATISCHEN & SOZIALEN EUROPAS VERTEIDIGEN“

### Auf den Kundgebungen zum 1. Mai wurde eindringlich zur Teilnahme an den Europawahlen aufgerufen



Der Stipendiat der Hans-Böckler-Stiftung, Michael Fengler, zeigt im Namen aller Bonner HBS-Stipendiaten Flagge auf der 1. Mai-Demo in Bonn

„Gute Arbeit. Soziales Europa“ war das Motto zum 1. Mai dieses Jahres. An den Demonstrationen und Kundgebungen beteiligten sich deutschlandweit in zahlreichen Städten über 400.000 Menschen. Im Mittelpunkt standen zentrale sozialpolitische Fragen wie die abschlagsfreie Rente mit 63 nach 45 Beitragsjahren oder der gesetzliche Mindestlohn von 8,50 Euro. Dies – so der einhellige Tenor – dürfe nicht

im Umsetzungsprozess durchlöchert und verwässert werden. Diese Fragen bedürfen keiner Inzellösung, sondern sind eingebettet in den europäischen Zusammenhang. Das Mai-Motto nahm nicht von ungefähr Bezug auf ein soziales Europa. Der 1. Vorsitzende der IG Metall appellierte am 1. Mai in Köln an die Regierungen und die EU-Kommission, sich mit den wirklichen Problemen der Menschen zu beschäftigen: „Hört auf, eure Energie für ein Freihandelsabkommen zu

verschenden, das uns wirtschaftlich nicht voranbringt, und das unsere Arbeits- und Sozialstandards sowie unsere guten Lebensmittel gefährdet.“ Er erinnerte an die Zahlen, wonach fast 20 Millionen Menschen in Europa arbeitslos sind, darunter sind neun Millionen Jugendliche, die ohne Zukunftsperspektive auf der Straße stehen. Das sei keine Naturkatastrophe, so Wetzel: „Das haben Menschen gemacht.“

Giovanni Pollice von der IG BCE und Vorsitzender des Vereins „Mach meinen Kumpel nicht an!“, der zum traditionellen Arbeitnehmerempfang am Vorabend des 1. Mai im Rathaus Delmenhorst sprach, erinnerte ebenfalls an die soziale Schieflage in Europa, daran, dass fast jeder Vierte zwischen 15 und 24 Jahren in der EU ohne Job ist, in Südeuropa ist sogar mehr als die Hälfte dieser Altersgruppe arbeitslos. Giovanni Pollice: „Ja, es war richtig, Rettungsschirme aufzuspannen um den Zusammenbruch ganzer Volkswirtschaften zu verhindern. Deutschland hat Geld gegeben. Ja, und wir helfen gern, wenn wir können. Aber was ist eigentlich aus den vielen Milliarden geworden? Wo ist der Fortschritt für die Menschen erkennbar? Es darf eben nicht bei der Bankenrettung bleiben, es muss endlich auch massiv in die Zukunft investiert werden. Eine durchdachte und angemessene Konsolidierungspolitik ist nach wie vor notwendig, mit einer einseitigen Sparpolitik jedoch ist die Krise nicht dauerhaft zu überwinden. Ganz im Gegenteil, so wird die Krise nur verlängert und

vertieft. Es muss endlich gegengesteuert werden, Europa braucht ein Investitions- und Wachstumsprogramm, Europa braucht eine nachhaltige Trendwende. Hier erwarten wir Antworten von der Politik, von den Verantwortlichen in Deutschland und in Europa.“

Europas Jugend brauche keine schönen Worte, sondern gute Perspektiven – dies die einhellige Meinung von Rednerinnen und Rednern zum 1. Mai. Der scheidende DGB-Vorsitzende Michael Sommer griff in Bremen die Tatsache auf, dass es in Europa in den letzten Jahren Rückschläge gegeben habe. Sommer: „Aber die Konsequenz daraus kann doch nicht sein, dieses Europa dem Kapital oder der Reaktion zu überlassen! Die Konsequenz daraus darf doch nicht sein, rechtspopulistischen und faschistischen Bewegungen in Europa noch mehr Raum zu geben! Die Konsequenz darf nicht sein, die Idee eines friedlichen und sozialen Europas zu zerstören. Massenarbeitslosigkeit oder die Bedrohung des Friedens wie zur Zeit in der Ukraine können doch nicht zur Konsequenz haben, dass wir unser Europa kaputt machen lassen von unverantwortlichen Demagogen und Helfershelfern des Kapitals.“

Auf allen Kundgebungen zum 1. Mai wurde deshalb dazu aufgerufen, sich an der Europawahl zu beteiligen. Michael Sommer formulierte es so: „Wir gehen zur Wahl, weil wir die Idee eines demokratischen und sozialen Europas verteidigen und weil es unser Ziel bleibt, die Vereinigten Staaten von Europa zu schaffen.“

# „RECHTS DER CDU/CSU UND DER FDP STEHEND“

## Expertise untersucht die Positionen der AfD

Unter Leitung des Hochschullehrers Alexander Häusler hat der Forschungsschwerpunkt Rechtsextremismus / Neonazismus der Fachhochschule Düsseldorf eine Expertise zu „Entstehungskontext, Entwicklung und gesellschaftspolitische Positionen der ‚Alternative für Deutschland‘“ – so der Untertitel – verfasst. Auftraggeber der Studie war der DGB-Bundesvorstand. Der Titel „Mut zur Wahrheit?“ greift den Wahlslogan der AfD zur letzten Bundestagswahl auf, setzt allerdings ein Fragezeichen dahinter. Die Untersuchung geht von Beginn an in tiefere Zusammenhänge und Analysen. So

beleuchtet das erste von insgesamt sechs Kapiteln die neoliberalen, nationalkonservativen und rechtspopulistischen Ausprägungen der AfD. Dies wird in Beziehung gesetzt zur Entwicklung rechtspopulistischer Parteien in Deutschland, etwa den „Bund freier Bürger“ und der Partei „Die Freiheit“. In diesem Zusammenhang wird auch die Diskussion um die Thesen Thilo Sarrazins unter dem Blickwinkel erörtert, wo Schnittmengen zu Positionierungen in der AfD bestehen. Abgerundet wird das durch Inszenierungs- und Artikulationsformen der AfD, die Übereinstimmungen mit rechtspopulistischen Stilmitteln aufweisen.

Andere Schwerpunkte der Analyse sind zum Beispiel der marktradikale Hintergrund der AfD und darauf basierend neoliberale Forderungen. Schließlich werden die Entwicklungen in einzelnen Landesverbänden betrachtet und die Reaktionen von Rechtsaußen auf die AfD analysiert. Daran anschließend wird die Aufstellung der AfD für die Europawahl untersucht. In einem abschließenden Ausblick kommt die Studie u. a. zu dem Schluss: „Die AfD kann hinsichtlich ihrer in dieser Studie aufgezeigten politischen Positionierungen als eine Partei rechts der CDU/CSU und der FDP stehend eingeordnet werden, die sowohl nationalliberale

und nationalkonservative wie zudem auch rechtspopulistische Tendenzen aufweist.“

Auf Grundlage der Studie hat der DGB Bundesvorstand den Diskurs „Mut zum Widerspruch – Gewerkschaftliche Positionen und Programmatik der AfD“ erstellt. Der Text informiert über die Entwicklung der AfD, über den politischen Kontext und vergleicht gewerkschaftliche Positionen mit denen der AfD.

Der Diskurs kann im Netz heruntergeladen werden unter:

[http://www.gelbehand.de/data/dgbdiskursmut\\_zum\\_widerspruchmai\\_2014\\_3.pdf](http://www.gelbehand.de/data/dgbdiskursmut_zum_widerspruchmai_2014_3.pdf)

## RECHTE GEWERBEMIETER VERHINDERN

### Berliner Senat und zwei Wohnungsbaugesellschaften wurden aktiv



Senatorin Dilek Kolat (2. von li.) und Bezirksbürgermeister Oliver Igel (2. von re.) bei der Unterzeichnung des Kooperationsvertrags mit Vertretern der größten Berliner Wohnungsbaugesellschaften gegen rechtsextreme Mieter.

Es kommt immer wieder vor, dass Rechtsextreme unter Vorspiegelung falscher Tatsachen Gewerberäume anmieten, um sie für ihre Zwecke zu nutzen. Sind Mietverträge erst einmal unterzeichnet, ist es oft schwer und/ oder langwierig, sie zu kündigen. Um solche Probleme gar nicht erst aufkommen zu lassen, werden sich zwei der größten Berliner Wohnungsbaugesellschaften, die landeseigenen degewo und Stadt und Land, künftig mit speziellen Klauseln in ihren (Gewerbe-)Mietverträgen gegen rechtsextreme Mieter wehren.

Eine entsprechende Kooperationsvereinbarung haben sie am 17. April mit der Senatorin für Arbeit, Integration und Frauen, Dilek Kolat, und dem Bezirksbürgermeister von Treptow-Köpenick, Oliver Igel unterzeichnet. Initiiert hatte die Kooperation der „Berliner Beirat für Schöneweide“, der sich seit 2013 für ein demokratisches Miteinander und gegen Rechtsextremismus und Rassismus im Bezirk Treptow-Köpenick einsetzt. Erst vor kurzem waren im Ortsteil Schöneweide eine Kneipe und ein

Ladengeschäft, die als rechtsextreme Treffpunkte dienten, geschlossen worden. Dilek Kolat: „Beim Kampf gegen Rassismus, Intoleranz und Fremdenfeindlichkeit brauchen wir Zivilcourage. Diese Kooperationsvereinbarung ist so ein Zeichen der Zivilcourage und des Verantwortungsbewusstseins zweiter Landesunternehmen und sollte Vorbildcharakter auch für andere Stadtbereiche und andere Unternehmen haben.“

Das sieht auch Oliver Igel so: „Die Unterzeichnung der Kooperationsvereinbarungen durch zwei große Wohnungsunternehmen ist ein wichtiges Signal auch an andere Vermieter, Rechtsextremisten keine Gewerbe- oder Geschäftsräume zu überlassen, damit deren demokratiefeindliches, rechtsextremes, rassistisches und antisemitisches Gedankengut nicht weiter verbreitet werden kann.“ Die ent-

sprechenden Mietverträge enthalten ab sofort Klauseln, die die Nutzung gewerblicher Räume für rassistische, antisemitische und rechtsextreme Zwecke explizit untersagen. Die Klauseln wurden von der Mobilien Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (MBR) gemeinsam mit erfahrenen Juristinnen und Juristen entwickelt. Auch andere Vermieter – öffentliche oder private – können die Klauseln über die MBR beziehen und in ihre Verträge einarbeiten, um sich vor Neonazis zu schützen.

Infos unter: <http://www.mbr-berlin.de/aktuelles/keine-raume-fur-nazis-wohnungsbaugesellschaften-unterzeichnen-kooperationsvereinbarung-gegen-rechtsextreme-mieter/?back=%2F>

## BERLIN NAZIFREI

### NPD-Marsch in Richtung Kreuzberg nach 200 Metern beendet

Dass die NPD am 26. April 2014 ausgerechnet durch Berlin-Kreuzberg marschieren wollte, war schon eine Provokation der besonderen Art. Der nach wie vor bunte Kiez bildet zusammen mit Friedrichshain den einzigen Wahlbezirk, in dem bei Bundestagswahlen die Grünen ein Direktmandat erringen können. Christian Ströbele hat das drei Mal hintereinander geschafft. Die Route der Rechten war von der Polizei erst sehr spät bekannt gegeben worden. Das reichte aber allemal, damit das Bündnis „Berlin nazifrei“ Gegenwehr organisieren konnte. Unter-

stützt wurde diese unter anderem von ver.di, den Jusos, den Grünen, der Linkspartei und verschiedenen Bürgerinitiativen. Die Strecke wurde von einigen Tausend Menschen – die Angaben schwanken zwischen 3000 und 6000 – durch Sitzblockaden dichtgemacht. Der Abmarsch der rund 100 Neonazis am S-Bahnhof Jannowitzbrücke verzögerte sich immer wieder, obwohl die Polizei das Areal abgesperrt hatte. Als sie dann losmarschierten, wurde es endgültig eng. Für knapp 200 Meter brauchten sie eine Dreiviertel Stunde. Dann ging es zwangsweise

zurück, weil der Weg in alle Richtungen blockiert war. Aus „Gründen der Verhältnismäßigkeit“ – so ein Polizeisprecher – war es nicht möglich, den Weg für die NPD freizuhalten. Einige Protestierer, die der autonomen Szene zugerechnet werden, wurden nach Flaschenwürfen festgenommen. Auch vier Neonazis wurden festgenommen, einer davon ein Redner, der volksverhetzende Parolen über einen Lautsprecher verbreitete. Berlins Regierender Bürgermeister, Klaus Wowereit, zeigte sich mit dem Engagement gegen Rechts zufrieden: „Die Ber-

linerinnen und Berliner haben heute einmal mehr eindrucksvoll gezeigt, dass in Berlin für den braunen Mob kein Platz ist.“ In Kreuzberg schon gar nicht, ließe sich hinzufügen. Den Stadtteil haben die Neonazis übrigens nicht erreicht. Der Startplatz Jannowitzbrücke liegt im Bezirk Mitte, Kreuzberg ist deutlich mehr als 200 Meter entfernt. Augenscheinlich war der Frust nach dem verhinderten Aufmarsch groß. Einen für den 1. Mai im Berliner Bezirk Neukölln beantragten Umzug hatte die NPD abgesagt.

## DVDS DES MONATS

### Reform des Betriebsverfassungsgesetzes 1972

Noch bis Ende Mai laufen die diesjährigen Betriebsratswahlen. Wählen dürfen alle, die das 18. Lebensjahr vollendet haben, für den Betriebsrat kandidieren dürfen Beschäftigte, die mindestens sechs Monate im Betrieb arbeiten. Mehr Voraussetzungen gibt es nicht. Nach der Staatsangehörigkeit wird also nicht gefragt. Das war nicht immer so. Möglich ist es seit der Reform des Betriebsverfassungsgesetzes im Jahr 1972.

Einen Blick auf diese Reform und deren Rahmenbedingungen wirft die DVD „Aus Gastarbeitern wurden Kolleginnen und Kollegen“. Neben historischem Filmmaterial gibt es Interviews mit Expertinnen und Experten sowie Zeitzeugen. Dazu zählen u. a. Siegfried Müller und Karl-Heinz Goebels, die bei der IG Metall bzw. dem DGB die Abteilungen Ausländische Arbeitnehmer geleitet hatten. Das passive Wahlrecht bei Betriebsratswahlen war an das politische Wahlrecht geknüpft – so war die Lage, erinnert Karl-Heinz Goebels. In

einer Reihe von Betrieben wurden aber Kolleginnen und Kollegen ohne deutsche Staatsbürgerschaft auf die gewerkschaftlichen Wahllisten gesetzt und auch gewählt. Wenn niemand die Wahl angefochten hat, waren sie im Amt. Karl-Heinz Goebels hat dabei Hilfestellung geleistet. Und auch Siegfried Müller kennt diese Praxis mit ausländischen Kollegen: „Wir haben die schon vorher in die Betriebsräte gewählt, haben das aber keinem gesagt. Nach der Nationalität wurde gar nicht gefragt.“ Die Wahlen von ausländischen Betriebsräten, die eigentlich gar nicht hätten gewählt werden dürfen, waren ein Zeichen von demokratischer Gleichbehandlung in der betrieblichen Praxis. Karl-Heinz Goebels: „Wenn sich in einer Gesellschaft so etwas entwickelt, wird es höchste Zeit, dass das Gesetz das nachvollzieht.“ Man kann es auch andersherum sehen: Wenn die Entwicklung von Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern, die auf diesem Feld aktiv waren, nicht befördert worden wären, hätte das Gesetz nichts nachvollziehen müssen. Die DVD „Aus Gastarbeitern wurden

Kolleginnen und Kollegen“ kann bestellt werden bei [Christian.Heide@igmetall.de](mailto:Christian.Heide@igmetall.de)

### Ausländerarbeit der IG BCE

„Aus Gastarbeitern wurden Bürger“ ist der Titel einer DVD aus dem Jahr 2000, in der die Ausländerarbeit der IG BCE bzw. ihrer Vorläufergewerkschaften bilanziert wurde. Veröffentlicht wurde die DVD anlässlich der 30. Recklinghäuser Tagung.

Historische Aufnahmen führen zurück in die Zeit der Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte, die 1955 begann. Die Gewerkschaften hatten der Anwerbung unter der Voraussetzung zugestimmt, dass die so genannten Gastarbeiter arbeits- und sozialrechtlich gleichgestellt werden. Und sie haben sich von Beginn an um ihre dazu gekommenen Kollegen gekümmert. Josef Windisch, ehemaliges Vorstandmitglied der IG Bergbau und Energie (IG BE) erinnert daran, dass ausländische Vertrauensleute ein Bindeglied zwischen den Beschäftigten ohne deutschen Pass und den Betriebsräten und Gewerkschaften bildeten. Zu Beginn der 1970er Jahre, so Windisch, wurden verstärkte Anstrengungen nötig: „Das hing mit der Änderung der Betriebsverfassung zusammen. Denn die ausländischen Kollegen konnten nicht nur wählen, sondern sich auch in die Betriebsräte wählen lassen, sie bekamen das passive Wahlrecht.“ In Vorbereitung des neuen Betriebsverfassungsgesetzes, das 1972 in Kraft trat, wurden die ausländischen Arbeitnehmer über die entsprechenden Modalitäten informiert.

Zu den Anstrengungen gehörte auch die 1. Recklinghäuser Tagung. Cengiz Camci vom Arbeitskreis Ausländische Arbeitnehmer hatte diese seinerzeit mit organisiert: „Um den Gewerkschaftssekretär hatte sich ein kleines Team gebildet – heute würde man das Koordinierungskreis nennen. Dieses Team hat dann die Sonderveranstaltungen, insbesondere die Recklinghäuser Tagung, vorbereitet.“ Von da an war Cengiz Camci immer dabei. 1979 wurde dann der Arbeitskreis Ausländische Arbeitnehmer beim Hauptvorstand der IG BE gegründet. Die IG Chemie, Papier, Keramik folgte

1981 mit dem Beraterkreis Ausländische Arbeitnehmer. „Wir sind diejenigen, die die Probleme von der Basis nach oben in die geschäftsführende Ebene bringen“, sagt Murat Dogan vom Arbeitskreis ausländische Arbeitnehmer in dem Film. In den 1990er Jahren begann die deutsche Gewerkschaftslandschaft sich zu verändern. 1997 schlossen sich die IG BE, die IG CPK und die Gewerkschaft Leder zur IG BCE zusammen. Einer der ersten Beschlüsse war die Verabschiedung von Grundsätzen zur Ausländerarbeit, in denen die Erfahrungen der Vorläufergewerkschaften einfließen und neue Ziele gesetzt wurden. Der Film „Aus Gastarbeitern wurden Bürger“ kann beim Kumpelverein in elektronischer Form bestellt werden: [info@gelbehand.de](mailto:info@gelbehand.de)

### Impressum:

#### HERAUSGEBER

Mach meinen Kumpel nicht an! e.V.

#### VORSTAND

Giovanni Pollice, IG BCE  
Volker Roßbocha, DGB  
Kai Venohr, DGB-Bildungswerk  
Holger Vermeer, IG BAU

#### VERANTWORTLICH

für den Inhalt: Giovanni Pollice

#### KOORDINATION

Dr. Klaudia Tietze

#### REDAKTION

Bernd Mansel  
Medienbüro Arbeitswelt, Berlin

#### FOTOS

IG BCE, Kumpelverein

#### ZUSCHRIFTEN/KONTAKT

Mach meinen Kumpel nicht an! e.V.  
Hans-Böckler-Straße 39  
40476 Düsseldorf  
Tel.: 0211-4301 193  
E-Mail: [info@gelbehand.de](mailto:info@gelbehand.de)

#### WEB

[www.gelbehand.de](http://www.gelbehand.de)  
[www.facebook.de/gelbehand](http://www.facebook.de/gelbehand)

#### PRODUKTION

Setzkasten GmbH, Düsseldorf  
Internet: [www.setzkasten.de](http://www.setzkasten.de)  
Tel.: 0211/40 800 900

## Neue Fördermitglieder

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

auch in den letzten Wochen konnte der Verein „Mach meinen Kumpel nicht an!“ neue Fördermitglieder gewinnen. Unter anderem auch **Edeltraud Glänzer**, IG BCE, stellvertretende Vorsitzende und **Jutta Steinruck**, MdEP. An dieser Stelle heißen wir alle herzlich Willkommen und bedanken uns sehr für ihre Unterstützung.

Nachfolgend die Namen:

1. **Edeltraud Glänzer**, IG BCE, stellvertretende Vorsitzende, Hannover
2. **Henning Hesse**, IG BCE, stellv. Bürgermeister der Stadt Bad Salzdetfurth, Bad Salzdetfurth
3. **Maria Elisabeth Plum**, IG BCE, stellv. BR Vorsitzende Fa. Vetrotech Saint-Gobain Kinon, Aachen
4. **Reinhard Röhrig**, IG Metall, Mülheim/Ruhr
5. **Jutta Steinruck**, IG BCE, Mitglied des Europäischen Parlaments, Ludwigshafen
6. **Jörg Weingarten Dr.**, Projekt Consult GmbH, Bochum

**Um die erfolgreiche Arbeit des Vereins fortzusetzen, brauchen wir Eure finanzielle und ideelle Unterstützung!**

In Form einer Fördermitgliedschaft (Mindestbeitrag **36 €** im Jahr) als auch durch eine Spende. Sowohl der Förderbeitrag als auch Spenden an den Verein können steuerlich abgesetzt werden. Selbstverständlich wird von uns eine Spendenquittung ausgestellt.

Durch die Werbung weiterer Förderer, durch das Tragen des Stickers, durch aktives Eintreten für Gleichberechtigung, gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus am Arbeitsplatz und in der Gesellschaft.

**Wir sind für jeden Beitrag dankbar!**

Vielen Dank  
Giovanni Pollice  
Vorsitzender